

rien, mais qui démontre quand même que des milieux très attachés à la cause israélienne n'ont pas vu dans notre entreprise la moindre atteinte à notre politique de neutralité, bien au contraire.

M. Oehler ne m'en voudra pas si je ne reviens pas sur l'affaire de la raffinerie ou «pas raffinerie» de Sennwald. Je me suis servi d'une note rédigée par mes services, je serais surpris qu'elle soit erronée, mais enfin cela peut arriver partout. En tout état de cause, je ne vois pas très bien l'intérêt qu'il y a, aujourd'hui, et à propos du voyage au Caire, de réchauffer ce plat sur une lampe à pétrole.

Je ne voudrais pas non plus priver M. Fischer du plaisir de déclarer que nous faisons une politique de grande puissance. Si c'est son sentiment! Je lui dirai simplement que notre point de vue est que son sentiment est complètement faux, que nous faisons une politique qui se limite extrêmement bien à la mesure de nos moyens; que nous n'avons pas du tout l'intention d'y changer quoi ce soit et que nous ne sommes pas emportés par je ne sais quelle espèce de ridicule vanité ou d'orgueil qui nous ferait perdre la proportion des choses. Mais pas du tout! Et je vous défie de trouver dans la pratique de notre politique des faits qui prouveraient que nous essayons de nous «gonfler» pour jouer les grandes puissances. La différence c'est que peut-être nous ne posons pas la même équation: «A petit pays, petite politique». C'est la seule nuance.

Je voudrais conclure sur ce mot: lorsqu'on suit une certaine ligne politique, pour les uns on a toujours l'air trop pro-eci, pour les autres trop pro-cela; je sais que pour les uns notre politique est taxée de trop pro-israélienne, pour les autres elle est trop pro-arabe. Je vous dirai tout bonnement que le Conseil fédéral s'efforce — et je crois qu'il y réussit — de faire une politique pro-suisse, tout simplement.

Je puis renseigner à peu près exactement M. Cavelti qui a soulevé le cas des Suisses ayant subi des dommages en Egypte. Il y avait 832 cas d'indemnisation à examiner. Lorsque nous nous sommes rendus au Caire, 801 cas étaient déjà réglés. C'est donc dire que la partie importante est liquidée. Nous nous sommes inquiétés, en prenant avec nous un fonctionnaire spécialisé, de ce tout petit solde qui reste parmi ces nombreux cas à régler et ainsi nous n'avons pas négligé du tout de défendre, aussi à ce niveau, les intérêts suisses, comme nous le faisons à chacun de nos déplacements.

11 542. Zivildienst.

Bericht zum Volksbegehren

Service civil. Rapport sur l'initiative

Bericht des Bundesrates und Beschlussentwurf
vom 10. Januar 1973 (BBl I, 89)

Rapport du Conseil fédéral et projet d'arrêté
du 10 janvier 1973 (FF I, 89)

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

Nationalrat — Conseil national 1973

Berichterstattung — Rapport général

Tschumi, Berichterstatte: Die Frage, ob in unserem Lande für die Dienstverweigerer aus Glaubens- und Gewissensgründen die allgemeine Wehrpflicht, wie sie in Artikel 18 der Bundesverfassung festgehalten wird, durch einen Zivildienst ersetzt werden soll, beschäftigt Volk und Parlament schon seit einiger Zeit. Darüber gibt der Abschnitt 21 unserer Botschaft über die Geschichte des Zivildienstgedankens in der Schweiz eingehend Auskunft. Ich erwähne die Motion Greulich aus dem Jahre 1917, die eine mildere Bestrafung der Dienstverweigerer aus religiösen, ethischen oder politischen Gründen verlangte, die dann aber zurückgezogen wurde. Im Jahre 1924 hat der Bundesrat einen umfassenden Bericht zur sogenannten Zivildienstpetition vom Juni 1923 abgegeben. In diesem Bericht wurde ausgeführt, dass die bestehende Ordnung dem klaren Wortlaut von Verfassung und Gesetz entspreche, so dass die verlangte Neuerung ohne Verfassungsänderung nicht verwirklicht werden könne. Wörtlich sagt dann unsere Botschaft auf Seite 7 zu jenem Bericht: Die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen stehe an der Spitze aller Aufgaben, die der Bund nach der Verfassung zu erfüllen habe. Auf die Armee als Mittel zur Erhaltung des Friedens könne gerade ein friedlicher Staat nicht verzichten, auch wenn damit notgedrungen gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit des einzelnen verbunden sind. Eine Aenderung der bestehenden Ordnung müsste eine nicht zu verantwortende Schwächung der Wehrkraft zur Folge haben. Das Streben nach Frieden könne niemals durch Freigabe des eigenstaatlichen Daseins in die Tat umgesetzt werden. Schliesslich — fährt die Botschaft fort — sei damit zu rechnen, dass mit dem Wegfallen der unbedingten Wehrpflicht eine Bresche in das bestehende System geschlagen würde, die von den Armeegegnern zu weiteren Einbrüchen in das Gefüge des Heeres ausgenutzt werden müsste.

Die eidgenössischen Räte sind diesen Gedankengängen gefolgt und haben in der Dezembersession 1924 die Zivildienstpetition abgeschrieben. Diese Gedanken sollen aber auch heute in der weiteren Behandlung der Zivildienstvorlage für uns begleitend bleiben. — In der Folge wurden noch weitere parlamentarische Vorstösse eingereicht, und zwar entweder in der Absicht, einen Zivildienst einzuführen oder zum Zwecke der Revision des Militärstrafgesetzes zugunsten der Dienstverweigerer. Als unser früherer Kollege Georges Borel auf dem Wege der parlamentarischen Initiative im Jahre 1964 den eidgenössischen Räten einen ausgearbeiteten Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Organisation des Zivildienstes vorlegte, liess der Bundesrat durch den Staatsrechtler Professor Bridel aus Lausanne ein Gutachten über die Verfassungsmässigkeit eines solchen Gesetzes ausarbeiten. Der Gutachter kam zum Schluss, dass die Einführung eines Zivildienstes und die damit verbundene Befreiung der Dienstverweigerer vom Militärdienst der Bundesverfassung widersprechen würde. In der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit ist der Bundesrat diesem Grundsatz treu geblieben.

Eine gewisse Entspannung des Problems erhoffte man mit der Revision des Militärstrafgesetzes vom Oktober 1967, die mit dem neuen Artikel 81 die Dienstverweigerung, die aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Not erfolgt, privilegiert. In all diesen Fällen der Dienstverweigerung soll die Bestrafung in Form der

Haftstrafe vollzogen werden und beim Rückfall soll die obligatorische Strafverschärfung aufgehoben werden. Zu diesen strafrechtlichen Milderungen kamen noch Erleichterungen in der administrativen Behandlung der Dienstverweigerer durch die Erleichterung der Zulassung zum waffenlosen Dienst bei den Sanitätstruppen und die Möglichkeit frühzeitiger Ausmusterung, sofern dies sanitärisch begründet war. Soweit der historische Hintergrund zur heutigen Situation.

Trotz der erleichterten Massnahmen im Militärstrafgesetz bleibt das Problem der Dienstverweigerer bestehen. Die Zahlen auf den Seiten 11 und 12 der Botschaft geben hierüber eindeutig Auskunft. Wir stellen fest, dass eine immer grössere Zahl von Stellungspflichtigen von der Möglichkeit Gebrauch macht, entweder beim unbewaffneten Sanitätsdienst eingeteilt oder als ausgebildeter Wehrmann von einer bewaffneten Truppe zur unbewaffneten Sanitätsgruppe umgeteilt zu werden. Die Zahl der zur Sanität ein- oder umgeteilten Wehrmänner ist in den letzten Jahren so gewaltig angestiegen, dass sie diese Truppengattung vor nicht leichte Probleme gestellt hat. Auch die Zahl der aus verschiedenen Gründen verurteilten Dienstverweigerer ist, wie aus der Statistik auf Seite 14 und 15 der Botschaft hervorgeht, stark angestiegen und hat im Jahre 1972 die Zahl von 352 Verurteilten erreicht.

Die starke Zunahme dieser Verurteilten hat oft zu Protestaktionen geführt und innerhalb und ausserhalb der Armee häufig starkes Aergernis hervorgerufen.

All diese Vorkommnisse haben das Militärdepartement nach vorherigen departementsinternen Abklärungen bewogen, das Forum Helveticum mit der grundsätzlichen Ueberprüfung des ganzen Fragenkomplexes zu beauftragen. Eine aus allen Kreisen zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitze unseres Ratskollegen, Herrn Professor Dürrenmatt, hat sich eingehend mit der Frage eines Zivildienstes, der anstelle des Militärdienstes zu leisten sei, befasst. Der Schlussbericht dieser Studienkommission war in seinen Schlussfolgerungen sehr wegweisend für die Antragstellung des Bundesrates zum vorliegenden Bundesbeschluss.

Nachdem die Prüfung der Einführung eines Zivildienstes anstelle des Militärdienstes in ein so akutes Stadium gelangt war, war es eigentlich nicht verwunderlich, dass das Volksbegehren für die Schaffung eines Zivildienstes, die sogenannte Münchensteiner Initiative, eingereicht wurde. Ich setze den Text der mit über 62 000 Unterschriften eingereichten Initiative als bekannt voraus. Er ist auf der ersten Seite unserer Botschaft abgedruckt.

Uns stellt sich nun vorerst die Frage, welche Bedingungen eine Initiative in Form der allgemeinen Anregung, wie die nun zur Diskussion gestellte Initiative sie darstellt, zu erfüllen hat, um den Vorschriften von Absatz 5 des Artikels 121 der Bundesverfassung und dem Initiativegesetz Genüge zu leisten. Wir haben in erster Linie abzuklären, ob die Einheit der Materie und diejenige der Form gewahrt sind oder nicht. Die Initianten verlangen in Form der allgemeinen Anregung, den Artikel 18 der Bundesverfassung in dem Sinne zu ändern, dass grundsätzlich die Militärpflicht als Regel erhalten bleibt und dass allen Schweizern, welche die Erfüllung der Militärpflicht mit ihrem Glauben oder mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, die Möglichkeit gegeben werde, anstelle der Militärpflicht einen Zivildienst zu leisten. Diese beiden Punkte können ohne

weiteres als allgemeine Anregung aufgefasst werden, indem sie nach Artikel 3 des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über das Verfahren bei Volksbegehren — d. h. des Initiativegesetzes auf Revision der Bundesverfassung — die Möglichkeit belassen, sinngemäss einen neuen Verfassungsartikel auszuarbeiten.

Etwas anders verhält es sich mit Ziffer c der Initiative, die die Rahmenbedingungen umschreibt, innerhalb derer der Gesetzgeber die Gestaltung des neu zu schaffenden Zivildienstes vorzunehmen hätte. — Der Bundesrat wirft in der Botschaft mit Recht die Frage auf, ob die Initianten mit dieser Konkretisierung der Materie nicht zu weit gehen, indem die Initiative in ihrem dritten Punkt den Charakter einer allgemeinen Anregung verlässt und so ausgearbeiteten Entwurf und allgemeine Anregung miteinander vermischt. Ist das nämlich der Fall, so muss die Initiative nach dem erwähnten Initiativegesetz von 1962 als ungültig erklärt werden.

Unsere Kommission ist mit dem Bundesrat der Ansicht, dass die drei Rahmenbedingungen von Ziffer c des Initiativtextes der Bundesversammlung noch genügend Spielraum belassen, innerhalb dessen im Sinne der Initianten ein neuer Verfassungsartikel ausgearbeitet werden kann. Infolgedessen ist die Einheit der Form gewahrt.

Im weiteren darf die Initiative nur eine Materie beschlagen. Sie regt über den Weg der Verfassungsänderung die Einführung eines Zivildienstes an. Obschon sie hiezu eine grössere Anzahl von Voraussetzungen enthält, unter denen das angestrebte Ziel erreicht werden soll, ist zuzugeben, dass dieses Ziel immer das gleiche bleibt, nämlich die Einführung eines Zivildienstes. Der Bundesrat und die Kommission sind deshalb der Ansicht, dass auch die Einheit der Materie gewahrt ist und somit die Initiative diese beiden Grundbedingungen (Einheit der Form und der Materie) erfüllt.

Nach Feststellung dieser beiden Normen sind sowohl der Bundesrat wie die Kommission der Ansicht, dass die Initiative als gültig zu erklären sei und nach Artikel 121 Absatz 5 der Bundesverfassung weiterzubehandeln ist. Dort heisst es: «Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und die eidgenössischen Räte mit demselben einverstanden sind, so haben sie die Partialrevision im Sinne der Initianten auszuarbeiten und dieselbe dem Volk und den Ständen zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Stimmen die eidgenössischen Räte dem Begehren nicht zu, so ist die Frage der Partialrevision dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten und, sofern die Mehrheit der stimmenden Schweizer Bürger sich bejahend ausspricht (das Ständemehr ist hier nicht mehr massgebend), die Revision von der Bundesversammlung im Sinne des Volksbeschlusses an die Hand zu nehmen.»

Es geht nun darum, ob wir mit der Initiative einverstanden sind und uns bereit erklären, im Sinne der Initianten eine Revision von Artikel 18 der Bundesverfassung vorzubereiten. Obschon die Forderung auf Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer oft mit Argumenten, die überwiegend auf ausländische Verhältnisse zugeschnitten sind, vorgetragen wird, ist es doch auch ein spezifisch schweizerisches Problem. In den einleitenden Worten zu meinem Referat habe ich bereits darauf hingewiesen. Es hat schon seit Jahrzehnten in zahlreichen Vorstössen ausserhalb und innerhalb des Parlamentes seinen Niederschlag gefunden. Aber immer und immer wieder wurde darauf hingewiesen,

dass dieses Problem nur auf der Grundlage des Mehrheitswillens des Schweizervolkes nach Massgabe der schweizerischen demokratischen Tradition und ausgehend vom Milizgedanken gelöst werden kann, wie dies im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom Jahre 1924 dargetan wurde, den ich bereits zitiert habe.

Welches ist nun das Ziel der Initiative? Grundsätzlich wahrt sie den Vorrang der Militärdienstleistung, indem die allgemeine Wehrpflicht auch in Zukunft grundsätzlich in der Form der Militärdienstpflicht geleistet werden soll. Daneben soll unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise als Ersatz der Zivildienst treten. Zu diesem Zweck ist eine eigene schweizerische Zivildienstorganisation zu schaffen. Die Möglichkeit zur Leistung von Zivildienst hat aber als strikte Ausnahme zu gelten innerhalb des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht. Der Bundesrat und die grosse Mehrheit der Kommission sind der Auffassung — und hier stimmen sie mit der Mehrheit der Kommission des Forum Helveticum überein —, dass eine zivile Dienstleistung nur Wehrpflichtigen gewährt werden kann, die entschlossen sind, den Militärdienst einzig aus schwerer ethisch oder religiös begründeter Gewissensnot zu verweigern. Obschon der Begriff «Gewissen» sehr schwer zu umschreiben ist, glaubt der Bundesrat, dass es in der Praxis möglich sein wird, im Einzelfall zu einer gerechten Beurteilung zu gelangen. Seit Inkrafttreten des neuen Artikels 81 des Militärstrafgesetzes haben unsere Gerichte schon einige Erfahrungen in dieser Richtung sammeln können, die es in der Zukunft noch weiter auszuwerten gilt. Wenn — wie es vorgesehen ist — der Zivildienst einer zivilen Instanz unterstellt und nach ziviler Gesetzgebung beurteilt werden soll, besteht auch die Möglichkeit, ein geeignetes Gremium einzusetzen, das nach einem besonderen Verfahren mit Rekursmöglichkeit an eine Oberinstanz jeden einzelnen Zivildienstbewerber genau prüfen kann. Die Definition des Gewissens wird keine einfache Angelegenheit sein. Wir haben im heutigen «Bund» den ersten Teil eines Zeitungsartikels lesen können, der vom Thuner Waffenplatzpsychiater Dr. Stucki verfasst wurde und der in seinen sehr interessanten Ausführungen auf die grosse Schwierigkeit hinweist, die uns bevorsteht, eben den Begriff «Gewissen» zu umschreiben. Auf keinen Fall kann eine freie Wahl von Seiten des Gesuchstellers zwischen Militärdienst und Zivildienst in Frage kommen, da sonst das Milizprinzip, das eine der grössten Stärken unserer Landesverteidigung darstellt, in Frage gestellt würde. Vor allem darf nicht der Artikel 2 unserer Bundesverfassung, der die lebenswichtigen Interessen und die Existenz des Staates beinhaltet, in Frage gestellt werden.

Anlässlich unserer Kommissionssitzung nahmen wir auch die Gelegenheit wahr, eine Delegation des Initiativkomitees anzuhören. Nach ihren Darlegungen sollen die Gründe für eine Zivildienstleistung mit «Glauben» und «Gewissen» ohne weiteres umschrieben werden können. Dabei wollen die Initianten den Gewissensbegriff sehr extensiv ausgelegt wissen, indem sie der Ansicht sind, dass das Gewissen in seiner ganzen Weite akzeptiert werden soll. Nach ihrer Ansicht gibt es neben dem menschlichen auch ein politisches Gewissen. Ein Initiant hat nach Protokoll gesagt, dass es Mitbürger gebe, deren Gewissen einer politischen Weltanschauung verpflichtet sei, was in einem demokratischen und pluralistischen Staat jedermanns gutes Recht sei, und dass

eine solche politisch-rationale Weltanschauung auch das Recht auf Zivildienstleistung beinhalte. Die grosse Mehrheit unserer Kommission lehnt eine solche Auslegung des Begriffes «Gewissen» kategorisch ab und stellt fest, dass der Initiativtext die Grenzen klar gesetzt hat und der Zivildienst auf die Bundeszwecke ausgerichtet sein muss, wobei man sich bei der Formulierung klar an den Artikel 2 der Bundesverfassung zu halten hat. Lehnt ein Dienstverweigerer die Bundeszwecke ab, so muss er bestraft werden. Unterzieht er sich dem Artikel 2 der Bundesverfassung, so steht ihm der Zivildienst offen, soweit ihm hiezu die rechtliche Möglichkeit überhaupt zusteht.

In der Diskussion mit den Initianten gab es einige Meinungsverschiedenheiten, indem sie in die Initiative, die sie in der Form der allgemeinen Anregung eingebracht haben, spezifische Vorschläge eingebaut wissen möchten. Das kann natürlich nicht akzeptiert werden und geht auch rechtlich nicht an — wie bereits dargetan —; sonst müsste man eben die Initiative in der Form der allgemeinen Anregung nicht anerkennen.

Unsere 23gliedrige Kommission hat mit 21 Stimmen dem Antrag des Bundesrates zugestimmt, wie er auf der letzten Seite der Botschaft in die Form eines Beschlussentwurfes gekleidet ist, d. h. sie hat dem Volksbegehren für die Schaffung eines Zivildienstes und der Neufassung von Artikel 18 der Bundesverfassung zugestimmt und zugleich den Bundesrat beauftragt, der Bundesversammlung Bericht und Antrag für eine Neufassung von Artikel 18 der Bundesverfassung zu unterbreiten.

Zu diesem fast einstimmigen Resultat ist aber festzuhalten, dass wohl nicht alle Zustimmenden ihren Entscheid aus der nämlichen Ueberlegung gefasst haben. Das hat sich vor allem bei der Aussprache mit den Initianten gezeigt. Wohl konnten wir feststellen, dass alle 21 Zustimmenden für die Einführung eines Zivildienstes sind, die Motivierung hiezu aber doch verschiedenartig begründen. Ich nehme an, das werde auch im Verlaufe der Eintretensdebatte noch vermehrt zum Ausdruck kommen. Ein Kommissionsmitglied lehnt den Antrag des Bundesrates ab, ein weiteres hat sich der Stimme enthalten. Die grosse Mehrheit der Kommission hat diesen Zustimmungsbeschluss unter den folgenden Bedingungen gefasst:

1. Ein Dienstverweigerer aus Gewissens- und Glaubensgründen — nur diese können in den Genuss des Zivildienstes gelangen — muss die Pflicht gegenüber unserem Lande, wie sie in Artikel 2 der Bundesverfassung festgelegt ist, einhalten. Dies wird übrigens im Initiativtext ebenfalls zur Bedingung gemacht. Lehnt er dies ab, ist er auch nicht würdig, als Dienstverweigerer vom Zivildienst Gebrauch machen zu können.

2. Die Möglichkeit des Zivildienstes soll als Ausnahme gelten innerhalb einer Situation und einer Rechtsordnung, in der das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht allein massgeblich bleiben muss. Eine zivile Dienstleistung kann nur Wehrpflichtigen gewährt werden, die aus schwerer, ethisch oder religiös begründeter Gewissensnot den Militärdienst zu verweigern entschlossen sind. Politische Motive sind dabei ausgeschlossen.

3. Der Zivildienst soll so gestaltet werden, wie er auf den Seiten 16/17 der Botschaft umschrieben ist, d. h. er soll nicht in der Armee oder einer militärischen Organisation geleistet, sondern rein zivil aufgebaut und einer zivilen Instanz unterstellt werden; er soll im Rahmen

des allgemeinen Bundeszweckes gemäss Artikel 2 der Bundesverfassung erfolgen. Ferner soll er für den einzelnen sinnvoll und für den Staat nützlich sein und wenn immer möglich auf die individuellen Fähigkeiten des einzelnen Rücksicht nehmen. Als eine Hauptbedingung wird betrachtet, dass der Zivildienst gegenüber dem Militärdienst keine Erleichterung bringen darf, weder in zeitlicher noch in leistungsmässiger Hinsicht.

4. Wenn die beiden Räte diesem Volksbegehren zustimmen, so wird der Bundesrat zu ihren Händen einen Revisionsentwurf des Artikels 18 der Bundesverfassung ausarbeiten müssen. Mit unserer heutigen Zustimmung öffnen wir den Weg, um zu versuchen, das Problem des Zivildienstes innerhalb der allgemeinen Wehrpflicht zu lösen. Ein Versperren dieses Weges wäre politisch nicht klug. Einen definitiven Entscheid werden wir erst bei der Vorlage des revidierten Artikels 18 fällen können; unsere Zustimmung wird von der Konzeption dieses neuen Artikels 18 abhängen, vor allem von der Gestaltung der zu schaffenden Zivildienstordnung.

Die Kommission ist der Meinung, dass gleichzeitig mit der Vorlage des neuen Artikels 18 den Räten auch das Konzept der Zivildienstordnung vorgelegt werden solle, sei dies in der Form der vorgesehenen Ordnung, sei es in der Form einer entsprechenden Botschaft. Herr Bundesrat Gnägi wird gebeten, uns in dieser Richtung zuhanden der Verhandlungen eine Zusage zu geben.

Dies sind — kurz zusammengefasst — die Voraussetzungen, unter denen die Kommission zu ihrem bereits erwähnten Beschluss gekommen ist, den Bundesrat zu beauftragen, eine Neufassung von Artikel 18 der Bundesverfassung vorzubereiten. Ich bitte Sie im Namen der 21 Mitglieder unserer 23gliedrigen Kommission, diesem Bundesbeschluss zuzustimmen und die Anträge unserer Kollegen Graf und Peyrot abzulehnen.

Mme Spreng, rapporteur: Le 12 janvier 1972, un comité constitué de membres du corps enseignant du gymnase cantonal de Münchenstein déposait une initiative demandant la création d'un service civil. Il s'agit pour nous aujourd'hui de discuter le rapport du Conseil fédéral à ce sujet. Examinons les conditions de validité. L'unité de matière exigée par l'article 121, 3e alinéa, de la constitution, est réalisée. Présentée sous forme de proposition, conçue en termes généraux, l'initiative est soumise également à l'exigence de l'unité de forme. Celle-ci nous paraît plus discutable. Selon la loi sur les initiatives populaires, il n'est pas admis de combiner les deux formes prévues, soit celle conçue en termes généraux et celle rédigée de toute pièce. Or si l'initiative présente une idée directrice en termes généraux, elle lui donne ici une forme largement concrète. Laisse-t-elle encore à l'Assemblée la liberté de rédaction nécessaire? La pratique en ce domaine ayant toujours été très libérale, il apparaît cependant que les conditions formulées sous les lettres b et c le sont de manière assez générale pour pouvoir admettre l'unité de forme; nous vous proposons d'accepter la validité de l'initiative.

Une autre question se pose. La revision constitutionnelle est-elle indispensable? Ne pourrait-on recourir à une interprétation? De même que pour l'introduction du suffrage féminin, il s'agit ici d'un des principes fondamentaux de notre Etat. M. le député Aubert disait, il y a quelques jours, que l'évolution nous conduit à élargir de manière honnête l'interprétation de la constitution. J'estime qu'il ne saurait en être question ici pour un des

devoirs civiques essentiels. Les auteurs même de l'initiative l'ont bien compris en proposant la revision de l'article 18 de notre constitution. Faut-il donc créer un service civil? Nous trouvons ancrée dans l'esprit helvétique la conception du devoir de servir, corollaire de la décision prise par nos ancêtres de sauvegarder la liberté d'un petit Etat se tenant à l'écart des zones d'influence des grandes puissances. Un petit pays ne peut avoir une armée assez puissante pour maintenir la paix et la neutralité sans que chacun collabore à la défense nationale. Ce principe est lié si étroitement à la conception suisse de l'Etat et à nos structures politiques qu'on ne peut ni ne doit s'en écarter. L'obligation de servir est formulée clairement à l'article 18 de notre constitution.

Un service obligatoire, limitant la liberté individuelle au profit du bien public, devait inévitablement amener certaines oppositions. Afin de ne pas trop allonger mon exposé, je me vois obligée de résumer fortement l'histoire des revendications élevées contre le service militaire. Au cours des siècles derniers, les cas de refus de servir furent très rares; ils étaient le fait de membres de communautés religieuses. De nombreuses années de paix ayant développé un sentiment de sécurité, de 1903 à 1906, une campagne d'opposition au service provoque soixante condamnations. Les horreurs de la première guerre mondiale entraînent une vague de pacifisme. En 1917, des interventions demandent l'introduction d'un service civil pour les objecteurs de conscience. Une commission militaire conclut alors positivement. Le Conseil fédéral, en vertu de ses pleins pouvoirs du temps de guerre, pouvait accepter le projet qui demandait qu'en cas de récurrence, l'objecteur ne soit plus condamné à une peine privative de liberté mais à un service civil dépassant en durée la moitié au moins de la durée du service refusé. Il renvoya, cependant, le projet, estimant qu'une modification d'une telle portée ne devait pas reposer sur les pleins pouvoirs qui étaient sur le point d'être abrogés. Par la suite, plusieurs interpellations et pétitions sont déposées; en 1923 déjà, une pétition recueille 40 000 signatures, dont 10 000 signatures de femmes. Elle demandait l'introduction d'un service civil indépendant de l'administration militaire, dont la durée devait dépasser du tiers celle du service correspondant. Il n'est pas donné suite à cette pétition, de crainte d'affaiblir la puissance défensive de notre armée.

En 1946, la motion Oltramare est acceptée sous forme de postulat. La commission d'étude refuse le service civil mais demande un adoucissement des peines prononcées envers des militaires refusant de s'acquitter de leur devoir sous l'empire d'un grave conflit de conscience. Nouveaux postulats Borel et Sauser en 1955 et 1964. Une expertise Bridel conclut alors au refus, le service civil étant contraire à l'esprit et à la lettre de notre constitution. Puis, en 1967, un postulat Arnold demandant la revision de l'article 18. Plusieurs pétitions vont dans le même sens. La création d'un service civil répondant au désir d'objecteurs de conscience est donc un problème fréquemment posé. Il reflète une nécessité, pour une minorité certes, mais il faut s'efforcer de le résoudre. Récemment, le Forum Helveticum a étudié de manière remarquable et très approfondie l'ensemble des questions que pose l'objection de conscience et il nous a donné une longue étude sur le sujet. L'initiative de Münchenstein prévoit une revision de l'article 18 de notre constitution. Elle demande le maintien du service militaire comme règle générale, la création d'un service civil pour les Suisses dont la foi ou les convictions sont

incompatibles avec l'accomplissement du service militaire. Ce service doit être indépendant de l'armée et être utilisé judicieusement dans le cadre des buts généraux de la constitution, selon son article 2. Il doit exiger des prestations au moins égales à celles du service militaire.

Devant la commission, Monsieur le Conseiller fédéral nous a fait remarquer qu'il s'agit ici d'introduire un concept absolument nouveau. Pour la première fois, le Conseil fédéral a abandonné sa position de refus à la condition expresse que le service militaire obligatoire reste la règle, qu'un service civil ne soit autorisé qu'exceptionnellement, sans libre choix, et sous des conditions très strictes. Jusqu'à maintenant, manquant de soutien constitutionnel, la juridiction militaire s'est bornée à adoucir les peines. La possibilité du libre choix d'un service non armé dans les troupes sanitaires a été introduit. Cependant, au cours des dernières années, le nombre des objecteurs a régulièrement augmenté, provoquant un malaise dans l'armée et dans l'opinion publique.

En 1971, 227 hommes refusent de servir; en 1972, ils sont 352, dont 88 pour raisons religieuses — ce sont en majorité des témoins de Jéhovah — 45 pour raison d'ordre éthique, 69 politiques et 150 — donc la grande majorité — donnent des raisons diverses: déplaisir, opposition, refus d'obéir ou raisons financières. De ces 352 hommes, 103 seront punis d'arrêts, 249 de prison — dont 85 avec sursis. C'est à vrai dire un petit nombre en comparaison de tous ceux qui se font réformer pour raison de santé.

En ce qui concerne l'organisation éventuelle d'un tel service, l'on nous donne quelques indications très générales. Le service militaire restant la règle, il faut exclure la liberté du choix. Seront admis au service civil ceux qui prouveront que les obligations militaires les plongeraient dans une détresse morale insurmontable pour des raisons religieuses ou éthiques. La difficulté réside dans l'appréciation des raisons d'objection, quoique l'expérience acquise dans ce domaine par les tribunaux militaires soit très grande. Le seul critère vraiment plausible serait l'acceptation d'un service plus astreignant et plus long que le service normal. Chaque cas devrait être examiné par une commission spéciale, centrale, régionale ou cantonale, avec possibilité de recours. Le travail se ferait soit seul, soit en groupe. La durée du service serait au moins aussi longue que celle du service militaire. Or il ne faut pas oublier que la durée du service militaire est d'une année pour un soldat. Le service civil ne dépendrait pas du Département militaire mais de celui de l'intérieur ou de la justice et police.

Il se pose de nombreuses questions annexes: solde, assurance, port d'uniforme, envoi d'un corps d'aide en cas de catastrophe, et autres. Le service civil ne résoudra que certaines catégories d'objections. Une condamnation restera nécessaire pour ceux qui le refuseront. M. le conseiller fédéral conclut en demandant d'approuver l'initiative.

En séance de commission, nous avons discuté en premier lieu de ce que M. le député Graf — le seul parmi nous — proposait: à savoir le refus d'une révision de l'article 18; en outre, il voulait conseiller au peuple le rejet de l'initiative. Ses arguments sont les suivants: accepter l'initiative entraînerait la fin de notre système militaire. Il rappelle que le service de presse évangélique rejoint ici les antimilitaristes et les extrémistes de gauche, pour demander l'extension du service civil aux objecteurs politiques. Or ceux-ci reçoivent de nouveaux arguments par les tendances actuelles de notre politique tant in-

térieure qu'extérieure; ils insistent sur la détente Est—Ouest, sur la diminution des effectifs militaires et le rapprochement de l'Allemagne de l'Ouest et de la Russie. D'autre part, dans un questionnaire présenté à l'école de recrues d'infanterie 1971 à Zurich, plus de 50 pour cent des recrues se sont prononcées en faveur du service civil. Il existe donc un réel danger d'affaiblissement de notre potentiel militaire. Je rappelle que le message du Conseil fédéral attire à trois reprises notre attention sur ce danger de diminution des effectifs. Si, comme il est à prévoir, les causes d'objection s'étendent du domaine religieux et éthique au domaine politique, M. le député Graf ne voit pas bien comment nous pouvons encore maintenir l'interdiction du libre choix. Il n'apprécie pas les comparaisons avec l'étranger et nous fait remarquer que la possibilité d'un service non armé dans les troupes sanitaires nous met en accord avec la Convention des droits de l'homme. Il insiste sur l'idée de service militaire obligatoire telle qu'elle fut ancrée en 1848 dans notre constitution: «Nous devons avoir le courage de défendre nos institutions originales et de ne pas vouloir nous aligner sur toute innovation étrangère. L'armée suisse a défendu notre neutralité au cours des deux dernières guerres, il faut le rappeler à ceux qui paraissent l'avoir oublié. Introduire une conception nouvelle qui entraînerait une diminution des effectifs, amènerait la fin de notre neutralité armée.»

Ces arguments sont certes valables sur le critère de la défense nationale. Pourtant, au devoir de défendre la liberté peut s'opposer la liberté de conscience, base d'un Etat libre et d'une société moderne. Les droits de la conscience prennent actuellement une importance de plus en plus grande. La majorité de la commission estime donc qu'il convient de donner maintenant une solution au problème des objecteurs. La gravité en est prouvée par les discussions extrêmement fréquentes qui ont lieu à ce propos depuis soixante-dix ans, tant dans la presse que devant le Parlement. En dépit du nombre restreint de ceux qui souffrent réellement, profondément dans leur conscience de devoir faire partie d'une force armée, il faut donner à cette petite minorité la possibilité de servir autrement la patrie.

Votre commission a longuement étudié le problème crucial de l'appréciation des motifs; c'est là que réside la difficulté majeure. Comment définir le concept de l'objection de conscience? Il est certain que de graves conflits moraux ou religieux peuvent inciter au refus de servir, quoique les facilités administratives introduites depuis quelques années et permettant de choisir un service non armé dans les troupes sanitaires devraient supprimer bien des scrupules. Les objections d'ordre politique sont plus diverses, souvent confuses, dues à des causes opposées, car certains ne refusent pas seulement l'armée, mais la forme même de notre société. De jeunes idéalistes, oubliant le rôle purement défensif de notre armée, refusent toute forme d'agressivité. D'autres pensent que nous devrions devenir un exemple de désarmement pour le monde entier. N'est-ce pas une naïveté un peu prétentieuse pour notre petit pays? Il existe enfin une autre catégorie d'objecteurs, dont le nombre augmente avec les facilités de notre ère de consommation. Il s'agit de ceux qui présentent simplement une incapacité à s'adapter à la vie en commun; n'ayant pas connu la guerre, il leur manque un vrai motif de servir. Quitter leurs habitudes, leur milieu, leur confort, leur paraît impossible. Accepter des ordres, des remontrances, leur cause une souffrance réelle, insupportable. L'inadapta-

tion est une maladie des pays à haute conjoncture. Nous avons écouté, par la suite, les arguments de trois des promoteurs de l'initiative. Ils insistent sur la nécessité de venir en aide à ceux qui souffrent de conflits graves à bases éthique ou religieuse. La conscience obéit à des critères très divers. Nous ne pouvons les juger, disent-ils, sous l'aspect simplifié du bien et du mal. Les raisons individuelles sont basées sur la philosophie de chacun. Il nous faut donc accepter la conscience sous toutes ses formes, ce qui inclurait, évidemment, les objections d'ordre politique.

Il est vrai qu'il est difficile de séparer les divers concepts; ne pas faire de politique, n'est-ce pas aussi une politique? C'est sur ce point que se sont produites des divergences au sein de la commission. Si les uns estiment que l'on ne peut écarter certains motifs politiques, la plupart sont d'avis de limiter aux seules objections religieuses ou morales les raisons d'admission au service civil. Étendre le domaine des critères augmenterait dangereusement le nombre des objecteurs et serait mal compris par la grande partie de notre population, d'autant plus que certaines expériences faites dans ce domaine, en Allemagne par exemple, ont été très mauvaises. Je trouve personnellement que les exemples tirés d'expériences étrangères sont peu valables.

Je conçois très bien qu'un jeune Allemand refuse le service alors qu'il existe une possibilité, même très minime, de conflit entre les deux Allemagnes; qu'un jeune Américain, fort de sa grande et puissante patrie, refuse l'idée même de la guerre du Vietnam; qu'on refuse le service militaire, si c'était possible, sous certains régimes dictatoriaux. Ce ne sont guère des exemples valables chez nous. Ces divers pays ne connaissent pas de possibilités d'action politique directe. Grâce au libéralisme de notre Etat, chacun ici peut défendre ses droits selon les impératifs de sa conscience, utilisant référendum et initiative. L'exemple nous en est donné ici même par l'initiative lancée par quelques enseignants estimant lésés des droits de leur conscience. Ils peuvent proposer une modification constitutionnelle. Les objections d'ordre politique peuvent donc être résolues par la voie démocratique.

Il est certain que ceux qui refusent nos institutions, qui veulent même les détruire, dépassent les limites tolérables et entrent du reste en conflit avec l'article 2 de notre constitution. Ce n'est pas pour eux qu'il faut créer un service civil. Comme disait à juste titre notre collègue M. Allgöwer, nous voulons défendre la liberté de conscience, mais la liberté idéale n'est possible que dans un pays idéal et pour une humanité idéale. Nous dépendons de la situation politique et militaire qui règne en Europe et dans le monde entier. Jeter les armes serait de l'inconscience tant que les grands Etats s'arment massivement au lieu d'appliquer le désarmement. Prétendre que la guerre est devenue impossible est une fuite naïve devant les réalités. Il est certain que, sur le plan international, nous ferons toujours tout notre possible pour la paix, mais nous ne pouvons oublier notre faiblesse de petit pays encerclé dans d'étroites frontières.

L'initiative n'apportera pas de solution définitive. Elle nous permet d'aider une minorité: le groupe des objecteurs souffrant réellement de conflits graves de conscience. L'opinion publique a évolué à leur égard depuis quelques années. Elle paraît prête à accepter une forme restrictive de service civil, à condition que, comme le demandent les promoteurs, le service militaire obli-

gatoire reste la règle. Nous pensons donc qu'elle obtiendra un soutien assez large de la population.

J'aimerais enfin insister sur le fait que si nos deux conseils acceptent le projet en discussion aujourd'hui, il ne sera pas soumis directement à la votation populaire. Le Conseil fédéral devra préalablement présenter un texte de loi définitif qui, après discussion parlementaire, devra être voté par le peuple et par les cantons. Si nos deux conseils refusent l'initiative, elle sera, et elle seule, soumise telle quelle au vote du peuple.

En conclusion, votre commission a admis l'initiative par 21 oui, 1 abstention et 1 non. Je vous demande donc en son nom d'accepter l'arrêté.

Allgemeine Beratung -- Discussion générale

Sauser: Die Auffassungen über den Antrag des Bundesrates und der Kommissionmehrheit zur sogenannten Münchensteiner Initiative sind innerhalb der liberalen und evangelischen Fraktion geteilt. Wir haben deshalb auf eine formelle Stellungnahme verzichtet. Ich kann unter diesen Umständen hier nur die Auffassung eines Teils unserer Fraktion darlegen.

Eine menschlich anständigere und zugleich vernünftiger Behandlung der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen als sie unter der gegenwärtigen Gesetzgebung möglich ist, gehörte schon immer zu den Anliegen, die ich in diesem Rate vertreten habe. Die Lösung dieses Problems wird auch seit längerer Zeit vom Parteiprogramm der Evangelischen Volkspartei gefordert, weshalb auch die Unterschriftensammlung für die Münchensteiner Initiative offiziell von der EVP unterstützt worden ist. Der Wortlaut der Initiative, an ihn möchte ich mich halten, und nicht an allfällig daran anknüpfende zusätzliche Forderungen oder Uminterpretationen, entspricht genau dem Bild, das sich die grosse Mehrheit unserer Parteimitglieder von einer vernünftigen und gerechten Lösung des Dienstverweigererproblems in unseren schweizerischen Verhältnissen macht.

Es scheint mir besonders wesentlich, dass das Volksbegehren, mit dem wir uns heute zu befassen haben, die Erfüllung der Militärdienstpflicht nach wie vor als Regel festhalten will. Es entspricht meiner persönlichen Überzeugung, dass sich diejenigen Mitbürger, die unseren schweizerischen Militärdienst aus Gewissensgründen glauben ablehnen zu müssen, im Irrtum befinden. Gleichwohl möchte ich eine ehrliche andersartige Auffassung respektieren und ihrem Träger diejenige Toleranz entgegenbringen, die der humanitären Tradition unseres Volkes entspricht. Ich weiss, dass die Dienstverweigerer selber, keineswegs alle, aber doch viele von ihnen, nicht immer tolerant sind. Es fehlt oft die Bereitschaft, auch demjenigen, der sich von seinem Gewissen her verpflichtet fühlt, den Militärdienst zu leisten, achtbare Motive zuzubilligen. Das Problem der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen ist ein echtes Minderheitsproblem, das auf die Länge nicht dadurch gelöst werden kann, dass wir diese unbequemen Mitbürger durch unsere Militärjustiz zu Freiheitsstrafen verurteilen lassen. Es ist sowohl zweckmässiger als auch menschlich anständiger, wenn wir ihnen Gelegenheit geben, in anderer Form einen Dienst für die menschliche Gesellschaft zu leisten. Dieser Ersatzdienst dürfte aber unter keinen Umständen weniger anstrengend oder von kürzerer Dauer oder finanziell interessanter als der Militärdienst sein. Ich habe bisher immer die Auffassung vertreten und möchte das auch hier wieder tun, dass ein ziviler

Ersatzdienst sogar etwas länger dauern dürfte als der normale Militärdienst, dass er keine Ausweichmöglichkeit für Drückeberger schaffen und wirklich nur die Dienstverweigerer aus ehrlicher Ueberzeugung erfassen darf. Das sind aber Detailvorschriften, auf die erst näher eingegangen werden muss, wenn uns der Bundesrat einen neuen Text für den Artikel 18 der Bundesverfassung vorschlagen wird.

Eine Neufassung dieses Artikels drängt sich aber nicht bloss aus humanitären Gründen auf, sondern auch im Interesse der Armee selber. Es ist zunächst nicht einzusehen, was Wehrmänner unserer Landesverteidigung im Ernstfall nützen würden, die heute noch mit schlechtem Gewissen ihren Militärdienst leisten, weil sie nicht ins Gefängnis gehen möchten, auf die aber im Ernstfall kein Verlass wäre. Dann sollten aber auch unsere Militärgerichte von den immer zahlreicheren Dienstverweigererprozessen mit ihrem unerfreulichen Echo in der Öffentlichkeit befreit werden. Unsere Militärjustiz ist nicht in erster Linie zur strafrechtlichen Verfolgung der Dienstverweigerer geschaffen worden, sondern zur gerichtlichen Beurteilung von Vergehen von Wehrmännern im Dienst. Der Tatbestand der Dienstverweigerung wird zwar auch noch nach der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes vorkommen, aber in stark vermindertem Ausmass. Er sollte dann jedoch in die Zuständigkeit der zivilen Gerichte fallen.

In diesem Zusammenhang muss ich gegen eine falsche Behauptung auftreten, die von den Gegnern eines zivilen Ersatzdienstes immer wieder mit grosser Hartnäckigkeit vorgebracht wird. Es wird gesagt, die Einführung eines Zivildienstes helfe den meisten Dienstverweigerern aus Gewissensgründen doch nicht, weil es sich vorwiegend um Zeugen Jehovas handle. Diese würden auch den Ersatzdienst verweigern. Nach meinen Informationen ist das einfach nicht richtig. Einmal stellen die Zeugen Jehovas innerhalb der Gesamtzahl der Dienstverweigerer heute ohnehin nur noch eine kleine Minderheit dar. Nach dem Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 1972 sind 352 Dienstverweigerer verurteilt worden, davon machten 88 — also eine Minderheit — noch religiöse Gründe geltend. Von dieser Minderheit wird wieder die Mehrheit den Zeugen Jehovas angehören. Bei dieser religiösen Gemeinschaft ist aber seit etwa zehn Jahren eine gewisse theologische Auflockerung festzustellen. Während früher jeder Dienst für den Staat konsequent abgelehnt wurde, dürfte heute etwa die Hälfte der Zeugen Jehovas zu einem unbewaffneten Zivildienst ausserhalb der Armee bereit sein. Es beweisen das die Mitglieder dieser Sekte, die jetzt schon im Zivilschutz oder in der Feuerwehr Dienst leisten.

Zusammenfassend gebe ich der Meinung Ausdruck, dass die Münchensteiner Initiative den meisten unserer Mitbürger, die durch die allgemeine Wehrpflicht, wie sie in der Schweiz gilt, in Gewissensnot kommen, einen menschlich befriedigenden Ausweg anbieten kann. Die Initianten müssen natürlich in der Interpretation ihres Vorstosses dem Bundesrat und dem Parlament einen gewissen Spielraum zubilligen. Ich denke an den gleichen Rahmen, der auch bei der Schulkoordinationsinitiative beansprucht worden ist. Auch dieses Volksbegehren war ja in der relativ seltenen Form der allgemeinen Anregung eingereicht worden. In diesem Sinne darf ich Sie bitten, der Initiative zuzustimmen und damit den Weg für eine Revision von Artikel 18 der Bundesverfassung freizugeben.

M. Forel: Le Parti suisse du travail, chacun le sait, a appuyé l'initiative populaire pour la création d'un service civil, dite «initiative de Münchenstein», en 1972. Aujourd'hui, il approuve le rapport du Conseil fédéral à ce sujet.

En effet, le problème de l'objection de conscience a été longuement débattu au sein de notre parti, et nous pensons qu'il est utile et même nécessaire de donner ici les grandes lignes qui ont motivé notre accord.

Un premier point nous paraît essentiel. Nous n'avons jamais, en tant que parti, préconisé ou encouragé l'objection de conscience, ni à l'égard des soldats, ni envers les futurs soldats. Nous nous sommes toujours prononcés pour le principe de la défense nationale que, il est vrai, nous ne concevons pas du tout de la même manière que nos autorités. Par contre, nous constatons l'existence de l'objection de conscience, qui a été et reste un problème individuel auquel il s'agit de trouver une solution collective, aussi bien adaptée que possible à chaque cas de conscience.

Dans le rapport fédéral dont nous approuvons les grandes lignes et surtout les conclusions, nous tenons à souligner un alinéa qui n'est conforme ni à l'initiative de Münchenstein, ni à notre conception, ni à celle, espérons-le, de ses auteurs. Il est dit sous chiffre 31, aperçu historique, que la commission d'étude présidée par notre collègue Dürrenmatt se serait, «de mai 1971 à juin 1972, occupée en neuf séances, au total, de la question que pose le remplacement du service militaire par un service civil».

Il ne s'agit, bien entendu, pas de cela. Tout le reste du rapport le laisse entendre, le service civil ne remplacera pas le service militaire qui reste obligatoire, sauf pour les objecteurs de conscience dont les motivations seront reconnues valables.

Toujours au sujet du rapport fédéral, nous trouvons en page 16 du texte français une autre phrase qui nous paraît bien peu cadrer avec notre conception de l'objecteur; du reste Mme le rapporteur de langue française l'a souligné aussi. Nous citons cette phrase textuellement: «Si nous estimons que les objecteurs de conscience devraient pouvoir accomplir un service utile à la communauté, nous tenons toutefois à préciser que cette possibilité doit se limiter aux citoyens qui prouveront, au cours d'une procédure adéquate, que l'accomplissement des obligations militaires les plongerait réellement dans une détresse morale insurmontable.» Nous connaissons bien des objecteurs de conscience qui sont la sérénité même et pour lesquels la notion d'une détresse morale est totalement étrangère. Ils refusent le service militaire, préfèrent comme jusqu'ici faire de la prison, même à plusieurs reprises, mais n'envisagent même pas l'idée de porter une arme ou un uniforme, fût-il celui de sanitaire non armé. Et tout cela sans l'ombre d'un désespoir, sans trace d'une détresse morale ou d'une détresse mentale.

La pratique a montré que ni le service sanitaire, ni l'assouplissement des tribunaux militaires ne parvenaient à donner une solution à l'objection de conscience dont la fréquence du reste a tendance à augmenter légèrement.

Une autre issue doit donc être trouvée et nous pensons qu'effectivement le service civil, totalement indépendant du Département militaire fédéral, doit être créé. C'est la conception de ce service civil qui est le corps même de l'initiative de Münchenstein et nous

tenons à en féliciter ici les courageux et lucides initiateurs.

Mais, nous le disons d'emblée, le service civil ne résoudra pas tous les problèmes posés par les objecteurs. Il se trouvera sans aucun doute des hommes qui ne voudront faire ni service militaire ni service civil — c'est ce que nous ont déclaré entre autres certains adeptes des Témoins de Jéhovah — et n'oublions pas qu'il existe des individus révoltés, des gens littéralement allergiques à tout ce qui vient de l'armée ou de l'Etat. Il nous paraît indispensable que ces cas-là ne soient en aucun cas jugés par des tribunaux militaires. Cela nous semble aller de soi pour les futurs conscrits qui refusent même l'examen sanitaire de recrutement, mais nous pensons que les soldats qui deviennent objecteurs de conscience en cours de service, au cours de leur vie, eux non plus ne devraient pas être passibles des tribunaux militaires et que, s'ils acceptent le service civil, il soit tenu compte du temps qu'ils ont passé sous l'uniforme.

Ensuite nous pensons que le service civil doit lui aussi comporter une visite sanitaire d'entrée et qui lui soit propre. Car il s'agira de savoir si l'objecteur est mentalement et physiquement apte à ce service civil. Il s'agira aussi de voir dans quelle branche de ce service il conviendra d'orienter l'objecteur afin d'utiliser ses forces morales et physiques de la façon la mieux appropriée.

Le rapport fédéral insiste avec raison sur les difficultés que vont rencontrer ceux qui seront chargés de l'élaboration des lois et de l'application de ce service civil. Prenons par exemple un objecteur qui, à l'âge de 19 ans, puis à 20 ans, refuse de se présenter à la visite médicale de recrutement de l'armée et imaginons, ce ne sera pas toujours le cas, qu'il accepte celle du service civil. Si cette visite révèle que cet homme aurait été incapable de faire du service militaire, même comme complémentaire, à cause de sa vue trop basse ou pour quelque autre malformation incompatible avec le service militaire, est-ce que cet homme-là sera astreint au service civil? La question se pose.

Durée du service civil: Il est clair que la durée du service civil ne doit en aucun cas être inférieure à celui du service militaire, sinon ce serait une véritable incitation à l'objection de conscience. La durée totale du service militaire atteint actuellement environ 320 jours pour un simple soldat, pour un caporal il faut y ajouter environ 140 jours; notons en passant et non sans regret que, dans la situation actuelle, un soldat peut être obligé de grader.

Il nous paraît donc équitable que la durée du service civil soit d'environ un an. Mais il nous semble juste que ce temps de service civil, tout comme celui du militaire, puisse être réparti en trois ou quatre périodes entre l'âge de 20 et 50 ans pour ceux qui en feraient la demande. Cela aurait l'avantage pour le service civil d'employer des objecteurs ayant déjà obtenu une formation et une expérience professionnelles utiles à ce service. En effet, ne l'oublions pas, et du reste le rapport fédéral le souligne clairement, ce service civil doit être d'une utilité incontestable pour la communauté, pour reprendre les termes mêmes du rapport.

Quel genre de service civil envisage-t-on? Construire une route, construire un barrage, suppléer au manque de personnel hospitalier, aider les agriculteurs à rentrer leurs récoltes (la paysannerie manque de bras). Ce sont des activités d'une utilité que l'on peut appeler incontes-

table. Et nous pensons qu'il convient d'offrir — si vous me passez l'expression — d'autres solutions à ce service civil qui devrait être aussi multiforme que possible. Nous pensons aussi que le service civil à l'étranger, dans le cadre de la coopération technique suisse, doit être tenu comme possibilité pour le service civil.

En outre, il nous paraît utile, pour ne pas dire urgent, de créer par le service civil, entre autres, un organisme fédéral de protection de l'environnement dans lequel toutes les compétences pourraient être largement utilisées. Il conviendra aussi de trouver des hommes ou des femmes compétents et humains, non seulement dans le recrutement, mais surtout dans l'application de ce service civil, qui ne devrait en aucun cas apparaître ni comme une punition, ni comme un privilège pour l'objecteur de conscience.

Qui est objecteur de conscience? Là est le problème le plus important à résoudre, à savoir quels seront les critères qui caractériseront un objecteur. Le rapport fédéral prévoit de se renseigner auprès des gouvernements qui ont de l'expérience dans le domaine. Voir. Car en France, par exemple, la diffusion de tels renseignements est interdite, elle est même punissable.

Tout le monde semble être d'accord pour arriver à définir les objecteurs intégraux, c'est-à-dire les adeptes de la non-violence intégrale. Ces hommes-là iraient même jusqu'à se laisser tuer ou à laisser tuer leur famille plutôt que de mettre en danger la vie de leurs agresseurs! Ces objecteurs intégraux s'appuient sur des arguments d'ordre moral, religieux ou humanitaire. A ceux-ci s'ajoutent certaines sectes comme les Témoins de Jéhovah. Ensuite, il y a les antimilitaristes inconditionnels, qui ne veulent pas d'armée du tout, ni nulle part, et veulent prêcher par l'exemple. Et il y a aussi, bien sûr, des hommes qui ont des raisons philosophiques et politiques de refuser le service. Parmi ceux-ci, dont le nombre a tendance à augmenter ces dernières années, il y en a qui considèrent l'armée comme étant essentiellement un moyen de pression du régime capitaliste contre le monde du travail et qui rêvent d'une armée révolutionnaire, reprenant l'idée très chinoise de la révolution au bout du fusil. Certains se posent la question de savoir si cette catégorie fait aussi partie des objecteurs de conscience. A nos yeux, il est hors de doute qu'il faut les considérer comme tels et voici quelques raisons de le faire.

Selon les chiffres que vous nous avez donnés pour l'année 1971, sur environ 40 000 conscrits par an, il y a eu 104 objecteurs condamnés en 1971 pour motifs religieux, 41 pour motifs politiques ou idéologiques. Même si ce dernier chiffre devait être triplé ou quintuplé au cours des années, il y en aurait peut-être 200, soit un deux centième des conscrits, soit à peine un homme par compagnie! Nous insistons bien à ce sujet, car nous estimons — sans vouloir porter un jugement moral sur ces objecteurs politiques — qu'ils ont profondément tort et qu'ils se trompent. En effet, nous ne voulons en aucune manière qu'il y ait une armée en armes et une armée sans armes. Cela irait du reste à fins contraires de ces objecteurs et encouragerait certaines tendances désastreuses qui existent déjà dans notre pays et même dans notre état-major général — à entendre le colonel Wanner — de faire de l'armée suisse une armée de spécialistes ou une armée de métier.

Vous nous permettrez de dire ici, en nous adressant à cette catégorie d'objecteurs politiques, qu'il en est de l'armée comme des syndicats. Ce n'est pas en les criti-

quant de l'extérieur qu'on les améliore mais bien en y travaillant activement. Enfin, ne pas admettre les objectifs dans le cadre de l'initiative de Münchenstein aurait deux conséquences possibles: soit les traîner devant les tribunaux et en faire des martyrs — et certains d'entre eux adorent cela, plus ou moins consciemment — soit les incorporer contre leur volonté, ce qui n'est agréable ni pour eux, bien sûr, ni pour leurs compagnons, et encore moins pour ceux qui devraient les commander.

Voilà très brièvement évoquées quelques-unes des principales raisons pour lesquelles nous acceptons ce rapport fédéral en espérant, nous dirons même en conditionnant notre accord à une loi d'application aussi large que possible.

Allgöwer: Wir stehen mit der Zivildienstfrage vor einem wichtigen Grundsatzproblem unseres freiheitlichen Staates. Einerseits wollen wir eines der höchsten politischen Ziele, nämlich die freie Gewissensentscheidung achten, und andererseits müssen wir auf die Anforderungen eines Kleinstaates, auf seine Selbstbehauptung Rücksicht nehmen. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten, die wir nach gut eidgenössischer Art und Weise zu lösen versuchen. Es sind meiner Ansicht nach vier wichtige Problemgruppen: das erste die Wehrpflicht, das zweite die Gewissenspflicht, das dritte die Entwicklung des Krieges und das vierte schliesslich der eidgenössische Kompromiss.

Zunächst zur Wehrpflicht: Es ist in unserem Land eine uralte Tradition, dass der einzelne Bürger wehrpflichtig ist. Sie ist aber nicht immer voll ausgenutzt worden; die allgemeine Wehrpflicht ist erst im Verlaufe der «levée en masse» in der Folge der Französischen Revolution umfassend realisiert worden und hat im letzten Jahrhundert verschiedene Modifikationen erfahren. Unsere schweizerische Wehrpflicht ist Symbol, dass wir uns für den Kleinstaat einsetzen und uns dem Machtspiel der Grossmächte fernhalten. Die schweizerische Wehrpflicht ist also ein Entschluss zum Frieden. Deshalb ist es falsch, wenn man hinter dieser Friedensbereitschaft, hinter dieser Abwehrbereitschaft für den Frieden irgend etwas anderes vermutet und meint, es gehe nur darum, die bestehende Ordnung zu schützen. Die Wehrpflicht in der Schweiz hat auch nichts zu tun mit irgendwelchem Militarismus, mit Freude am Militär, gar mit Freude am Töten, sondern es ist nichts anderes als der Wille, unsere Freiheit zu verteidigen, unsere Lebensform aufrechtzuerhalten — eine Absage an die Gewalt der Grossmächte.

Nun ist zuzugeben, dass unsere jüngere Generation in dieser Frage einige Mühe hat, im Gegensatz zu der Generation, die Aktivdienst leistete. Es ist ihr Jugendprivileg, an dieser Tradition zu zweifeln, aber auch sie muss zur Kenntnis nehmen, dass unsere Wehrpflicht nichts zu tun hat mit irgendwelchen Machtspielen, sondern nur mit dem Willen, unsere Freiheit hochzuhalten. Wenn wir das wollen, dann ist unerlässlich, dass diese Wehrpflicht sich als Miliz manifestiert. Wir dürfen niemals eine Berufsarmee aufstellen, wie es beispielsweise gegenwärtig die Vereinigten Staaten unternehmen. Eine Berufsarmee bringt sofort politische Probleme, da gerade die technisierten Waffen in der Hand eines Generals eine Gefahr darstellen.

Es ist in unserer freiheitlichen Demokratie unerlässlich, dass die militärische Macht innerhalb unserer poli-

tischen Ordnung bleibt, dass jeder Soldat gleichzeitig auch Bürger ist und damit die Grundlagen unserer Wehrpflicht bestimmen kann. Ich glaube, es ist notwendig, dies festzuhalten, damit nicht immer wieder Missverständnisse in Bezug auf die Art und den Inhalt unserer schweizerischen Wehrpflicht entstehen.

Das zweite: die Gewissensfreiheit: Sie ist, wie ich anfangs sagte, eine wichtige Grundlage für unseren freiheitlichen Staat und der offenen Gesellschaft, und wir sind stolz, dass die Gewissenspflicht uns allen im Grunde selbstverständlich ist. Aber wir leben nicht in einem idealen Staat oder in einer idealen Welt, sondern wir leben in einer bestimmten Umwelt. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die heutige Lage in Europa, in der Welt; wir müssen Tendenzen erkennen und müssen sehen, wie wir in dieser Welt mit dieser Gewissensfrage fertig werden. Es genügt nicht, einfach ein Friedensbekenntnis abzulegen, die Waffen wegzuerwerfen und blind zu vertrauen, dass die anderen uns nicht angreifen. Solange die Grossmächte derart massiv aufrüsten und Mühe haben, auch nur ein kleines Abkommen über den Atomkrieg zu schliessen, wie das dieser Tage in Washington geschehen ist, bleibt leider die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts bestehen.

Der Staat sieht sich daher gezwungen, unsere persönliche Freiheit im Interesse seiner Selbsterhaltung einzuschränken, also die allgemeine Wehrpflicht zu verlangen. Dadurch entstehen nun echte Gewissensnöte aus ethischen und persönlichen Gründen. Nun wird behauptet, auch die politischen Gründe genügen, und jede Politik habe ihre ethischen oder religiösen Hintergründe. Einverstanden! Aber hier in der Schweiz verstehen wir unter Politik die praktische Entscheidung, sonst kommt es nämlich vor, dass man sogenannte politische Hintergründe vorspiegelt, um ganz andere Dinge zu verfolgen, z. B. den Angriff auf die Selbstbehauptung des Staates.

Es ist kürzlich von Fernando Inciarte ein interessanter Artikel über das Gewissen erschienen, worin es u. a. heisst: «Das Gewissen war niemals letzte Instanz der Moral, sondern nur eine *Ultima ratio*. . . Gewissensentscheidungen sind immer Verlegenheitsentscheidungen. Sie werden sehr oft als taktische Vorwände gebraucht, um in der Politik zu operieren. . .» Wenn wir in unserem Lande Politik sagen, dann meinen wir die praktische Entscheidung, d. h.: Sind wir in der Lage, noch eine glaubwürdige Armee (glaubwürdig nach aussen) aufrechtzuerhalten, oder sind wir es nicht? Wenn wir bloss politische Gründe anerkennen würden, dann würden wir nicht nur unsere traditionelle Wehrpflicht verleugnen, sondern auch unserer Selbstbehauptungsaufgabe nicht mehr genügen. Wir wollen die Gewissensnot anerkennen, und wenn einer seine Politik auf die Ethik zurückführt, dann hat er ja keine Mühe, nun auch diese ethischen Gründe darzulegen. Aber wir können nicht den politischen Spielraum ins Ethische erweitern. Wenn einer aus politischen Gründen gegen die Armee antreten will, dann soll er das auf dem politischen Kampffeld tun, soll eine Initiative ergreifen und das Volk herausfordern müssen.

Damit komme ich zum dritten, zur Entwicklung des Krieges: Dank der Atombombendrohung wird ein Grosskrieg immer unwahrscheinlicher. Ich glaube, dass das, was ich seinerzeit einmal gesagt habe, dass die Technik den Krieg besiege, sich bewahrheitet. Andererseits braucht aber der Abschied von den Jahrtausenden

menschlicher Kriegführung mehrere Generationen. In dieser Angewöhnungszeit an den Frieden ist das Ausweichen auf den kleinen oder begrenzten Krieg eine nicht zu leugnende Gefahr, vor allem wegen innenpolitischer Schwierigkeiten einer Grossmacht. Es bedeutet daher Flucht vor der Wirklichkeit, wenn einfach behauptet wird, ein ernsthafter Krieg finde nicht mehr statt. Wir hoffen dies alle, doch niemand vermag uns bis heute Gewissheit zu verschaffen. Wir fühlen uns verpflichtet, auf internationaler Ebene alles mögliche zu tun, um Kriege zu verhindern. Aber wir dürfen unsere machtmässige Ohnmacht als Kleinstaat nie vergessen und müssen uns der engen Grenzen bewusst sein. Trotz der Bejahung des Friedens müssen wir mit dem Krieg rechnen. Dagegen haben wir uns zu wappnen und eine Verteidigungskonzeption aufzustellen, die glaubwürdig ist und die mit der Wirklichkeit rechnet.

Sollte der Krieg wider Erwarten und gegen alle Vernunft doch noch ausbrechen, so fällt die frühere Unterscheidung zwischen Front und Hinterland dahin. Dann steht auch jener, der Zivildienst leistet, ohne dass er etwas dagegen tun kann, im Dienste unserer Selbstverteidigung. Wir müssen also einerseits die technische Waffenentwicklung genau verfolgen und vorgehen, was zur Abwehr eines allfälligen Angriffs notwendig ist, andererseits aber wollen wir zur Verhinderung des Krieges unseren Beitrag leisten. Wenn wir deshalb auf der einen Seite die Wehrpflicht bejahen, auf der anderen Seite die Gewissenspflicht und die Entwicklung des Krieges betrachten, dann kommen wir ganz automatisch zu einem eidgenössischen Kompromiss.

Diese Eidgenossenschaft hat darum eine so lange Lebensdauer, weil sie ihre Politik einerseits nach Idealen ausrichtet, aber andererseits auch den Mut zum nationalen Egoismus besitzt, und deshalb Kompromisse eingeht. Ausgangspunkt ist nicht eine ideale, von uns vorgestellte heile Welt, sondern die Selbstbehauptung unseres Kleinstaates in einer unsicheren Umwelt. Angesichts dieser weltpolitischen Realitäten müssen wir, so leid es uns einerseits tut, an der allgemeinen Wehrpflicht als Basis festhalten. Sollte einmal wirkliche Aussicht auf Frieden bestehen, dann können wir von dieser allgemeinen Wehrpflicht vielleicht einmal abgehen; heute ist aber sicher nicht der Moment dazu. Ausserdem glaube ich, dass unser Volk in seiner grossen Mehrheit trotz richtiger und notwendiger Kritik an der Armee an dieser Wehrpflicht festhalten will.

Da wir jedoch andererseits auch die Gewissensfrage ernst nehmen, wollen wir eine Lösung treffen, wie sie uns die Initianten von Münchenstein in verdienstvoller Weise unterbreiten. Es wird nicht leicht sein, das Volk dafür zu gewinnen. Es sind noch wichtige Probleme zu lösen, z. B. die Frage der Militärgerichte, um die wir uns schon einige Male bemüht haben. Wenn wir zur Beurteilung der Dienstverweigerer die Militärgerichte nicht mehr brauchen — und wir können sie nicht mehr brauchen —, dann wird die Gesamtfrage der Militärjustiz zur Debatte gestellt — was wir seit Jahren fordern.

Unsere schweizerische Lösung besteht darin, dass wir im Interesse der Selbstbehauptung die Wehrpflicht als Basis bejahen, im Interesse der Gewissensfreiheit aber auch echte Gewissensnot berücksichtigen, und eine Lösung für den Zivildienst treffen, die nicht ein Ausweichen oder ein Austreten aus unserer eidgenössischen Gemeinschaft bedeutet, sondern andere Möglichkeiten zum Dienst an der Gemeinschaft findet. Da ist es nun

notwendig, dass wir gegen Extreme der Rechten und Extreme der Linken Front machen; Extreme der Rechten, die meinen, es müsste alles beim alten bleiben, und auch vernünftige Formen seien abzulehnen — und Extreme der Linken, wie sie vorhin Herr Forel vertrat, der nur etwas vergessen hat, nämlich dass die Dienstverweigerer in der Sowjetunion in Friedenszeiten mit 1 bis 5 Jahren Haft, bei Mobilmachung mit 1 bis 10 Jahren Haft, im Krieg mit 5 bis 10 Jahren Haft, eventuell Todesstrafe, bestraft werden. Es ist leicht, sich in unserem freiheitlichen Staat idealistisch zu gebärden und die Wirklichkeit dort, wo man ideologisch zu Hause ist, die Realitäten, einfach zu verschweigen.

Wir müssen — und ich glaube, wir sind auf dem Weg dazu — eine schweizerische Lösung finden, die sowohl der Kleinstaatlichkeit wie dem Gewissen gerecht wird. Darum möchte ich Sie im Namen des Landesrings bitten, auf diese Initiative einzutreten, ihr zuzustimmen und damit dem Bundesrat, nach Zustimmung durch den Ständerat, die Möglichkeit zu geben, eine definitive Verfassungsform vorzuschlagen, zu der wir dann definitiv Stellung beziehen können.

Bretscher: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei hat zur Münchensteiner Initiative Stellung genommen und stimmt mehrheitlich dem Bericht des Bundesrates zu. Wir möchten aber mit aller Deutlichkeit festhalten, dass es weder eine freie Wahl des Dienstpflichtigen, ob er Militär- oder Zivildienst leisten will, geben soll, noch soll er aus politischen Gründen sich vom Militärdienst drücken können. Es wird für die zuständigen Instanzen nicht leicht sein feststellen zu können, ob tatsächlich Gewissensnot vorliege oder ob man es mit einem «Drückeberger» zu tun hat. Wir haben uns in der Kommission sagen lassen, dass die Gerichte in dieser Beziehung eine gewisse Praxis hätten. Aber das Gewissen lässt sich ja nicht röntgen, und die Möglichkeit, dass sich gewisse «Drückeberger» mit einer sogenannten Gewissensnot vom Militärdienst befreien können, ist zu befürchten. Persönlich möchte ich sagen: Es ist einfach beschämend, wie sich da eine gewisse Zahl von jungen Leuten der Pflicht gegenüber unserem Vaterland entziehen will. Man ist einfach je länger je weniger bereit, ein gewisses Opfer auf sich zu nehmen. Diese Dienstverweigerer denken nicht daran, dass unsere ältere Generation ganz andere Opfer während zweier Weltkriege erbringen musste. Ich denke da an ungezählte Aktivdiensttage, grosse Verdienstaussfälle, vermehrten und harten Einsatz der Familienangehörigen, um die Betriebe durchzuhalten... Rückblickend kann aber sicher gesagt werden, dass sich der damalige Einsatz gelohnt hat, sind wir doch vor kriegesischen Handlungen und einer Hungersnot in unserem Lande verschont geblieben. Wenn nun eine gewisse Zahl von Dienstpflichtigen, die leider immer grösser wird, glaubt, unser Land bedürfe ihrer als Soldaten nicht und sie könnten es mit ihrem Gewissen nicht verantworten, im Notfall die Heimat mit der Waffe zu verteidigen, so bin ich mit den Initianten der Münchensteiner Initiative gleicher Meinung, dass es besser und vernünftiger ist, diese, anstatt in das Gefängnis zu stecken, einen Zivildienst absolvieren zu lassen. Dieser darf dann allerdings nicht einem Freizeit- oder Ferienlager gleichen. Er soll mindestens die gleiche Dauer und Härte wie der Militärdienst aufweisen, und es soll etwas Nützliches geleistet werden. Ich möchte Sie bitten, mit der Mehrheit unserer Frak-

tion in diesem Sinn auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesrat zuzustimmen.

Gerwig: Im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Volksbegehren zuzustimmen. Die 6 Münchensteiner Gymnasiallehrer, Bürger aller politischen Schattierungen, welche mit einem ungeheuren persönlichen Einsatz und mit nur 7000 Franken das Volksbegehren zustande brachten, haben den Dank unserer Demokratie verdient. Das möchte ich diesen Ausführungen vorausschicken.

Die Initiative eröffnet eine sinnvolle Alternative zum heutigen Zustand. Sie bietet überdies die Möglichkeit, weit über die Frage der Dienstverweigerung hinaus das öffentliche Gespräch auf die Problematik heutiger und zukünftiger Landesverteidigung zu lenken. — Schon seit Jahrzehnten hat man sich in der Schweiz bemüht, das jetzige Anliegen zu verwirklichen. 1917 hatte Prof. Max Huber, sicher nicht irgendein Verdächtiger, am damaligen Projekt eines Zivildienstes aus religiösen, ethischen oder — ich betone das — politischen Gründen massgebenden Einfluss. Der politische Reifeprozess hat in der Schweiz eine ebenso lange wie langsame Tradition. Ich erinnere da an das Frauenstimmrecht und die Jesuitenartikel. Diese beiden Anliegen sind erfüllt; unser heutiges Problem muss endlich gelöst werden.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt sich voll hinter die Anregung der Münchensteiner Lehrer. Sie ist auch der Auffassung, dass die Militärdienstpflicht als Regel bezeichnet und der Ersatzdienst als Ausnahme vorgesehen wird. Armee und Zivildienst bedingen sich gegenseitig; beide verdienen gleiche Anerkennung im erweiterten Rahmen des Wirkens unseres Landes für Freiheit und Solidarität.

Die Fraktion folgt der Auffassung der Initianten und des Bundesrates auch darin, dass die Zivildienstleistung, verglichen mit der militärischen, nicht leichter sein darf, dass die Leistung des Zivildienstes den Pflichten körperlich, seelisch und persönlich ebenso belasten muss wie der Militärdienst den Militärdienstpflichtigen. Sie lehnt die freie Wahlmöglichkeit ab, weil sie daran festhält, dass unsere Milizarmee nicht in eine Spezialistenarmee und in eine Zivildiensttruppe aufgespalten werden sollte. Zivildienst soll für jene Bürger möglich sein, welche durch Erfüllung der Militärdienstpflicht in einen echten schweren Glaubens- oder Gewissenskonflikt kommen würden. Die Auslegung dieses Begriffes ist das zentrale Problem und ist heute in diesem Rate sehr umstritten. Ich möchte hiezu Stellung nehmen.

Die Initianten der Münchensteiner Initiative haben von allem Anfang schon beim Sammeln der Unterschriften auf die Unteilbarkeit des Gewissensbegriffes hingewiesen und unmissverständlich kundgetan — ich zitiere —, «dass eine persönliche Ueberzeugung bedingt sein kann durch religiöse, ethisch-humanitäre, politische oder andere Erwägungen». In diesem Sinne — und nur in diesem Sinne — haben die 62 000 Bürger mitunterzeichnet und nur auf diese Weise ist das Verweigererproblem zu lösen.

Ich habe bereits in der Kommission dargelegt, dass diese klare Stellungnahme nicht umgedeutet werden kann, ohne dass damit der Initiative eine der Hauptgrundlagen entzogen würde. Wer die Initiative in diesem Sinne, in diesem so wesentlichen Punkte, umdeuten und diese Umdeutung später in der Gesetzgebung verankern will, soll den Mut haben, gegen die Initiative zu stim-

men, weil er sich mit der Anregung der Münchensteiner Initianten nicht einverstanden erklären kann und einverstanden erklären darf, auch wenn ihm dies politisch nicht gelegen käme. — Unsere Fraktion unterstützt daher einstimmig Inhalt, Sinn und Geist der Initiative und wird sich gegen jede Umdeutung dieser Ziele wehren. Ich möchte hier in diesem Raume, wo normalerweise 200 Politiker zusammen arbeiten, die Gelegenheit benützen, den Begriff des Gewissens, das letztlich nur ein politisch-ethisches ist, zu diskutieren. Diese Auseinandersetzung ist nötig, und ich will hier ganz deutlich Stellung nehmen, weil sowohl in der Kommission als auch heute im Plenum seltsame Vorstellungen über den Begriff «Gewissen» existieren. Ich brauche hier nicht zu zitieren; Sie haben den Bericht von Herrn Bundesrat Gnägi gehört, im Protokoll Herrn Schwarz, Herrn Sauer, und hier heute Herrn Allgöwer und Herrn Bretscher gehört. Ich möchte zu diesem politischen Begriffsstreit Stellung beziehen und gerade das Resultat meiner Ueberlegungen vorausschicken und folgendes sagen:

Es gibt weder Verweigerer aus ethischen noch aus politischen Gründen. Es gibt lediglich solche aus Gewissensgründen. Somit gibt es auch den Begriff des politischen Dienstverweigerers nicht. Der Begriff des Gewissens ist unteilbar, der Begriff selbst umfasst aus seiner Definition heraus ethische, politische und religiöse Gründe. Ähnlich formuliert es auch etwa unser Ratskollege Schürch im «Bund» vom 18. Februar: «Wenn es gelingt, die schwere Gewissensnot im Einzelfall mit zureichender Sicherheit zu diagnostizieren, so ist es in der Tat unerheblich, ob diese Not mehr religiös, mehr allgemein ethisch oder ethisch-politisch begründet wird. Eine Gewissensnot muss es aber unter allen Umständen sein, eine bloss abweichende politische Ansicht genügt dazu nicht.» Mit dieser Formulierung sind wir einverstanden.

Warum, so frage ich mich, gibt es ausgerechnet so viele Politiker, die Angst davor haben, dass im Begriff der ethischen Gewissensentscheidung das politische Moment doch einen wesentlichen Platz einnimmt? Warum führt der Kommissionspräsident einigermaßen erschreckt an, dass die Initianten der Ansicht seien, es gebe auch ein politisches Gewissen. Eigentlich doch ein sehr seltsames Erschrecken hier, wo nur Politiker sind. Warum gibt es Politiker, die doch wohl für sich die Einheit von Ethik und Politik in Anspruch nehmen, diese Einheit aber ablehnen, wenn es um die Minderheit der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen geht? Warum gibt es Politiker, wie Herr Allgöwer, die wörtlich sagen, «generelle Gewissensentscheide seien Verlegenheitsentscheide»?

Im Rahmen der bürgerlichen — und ich betone: der bürgerlichen — liberalen Freiheitsbegriffe muss man für jene, die man ablehnt, doch wohl die gleichen Massstäbe gelten lassen, wie für sich selbst. Muss da nicht der dringende Verdacht auftauchen, dass die seltsame Konstruktion des teilbaren Gewissens nur dazu bestimmt ist, in Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit jene zu penalisieren, die andere politische Auffassungen vertreten? Oder man kann es noch viel praktischer sagen: Jede Gewissensentscheidung ist im Grunde genommen überhaupt nicht tragfähig und nicht ehrlich, wenn sie nicht für das persönliche Verhalten Konsequenzen hat. Ethische Ueberlegung ist die Ueberlegung für das eigene Handeln, politische Ueberlegung ist die Konsequenz der ethischen und gibt Rechenschaft im Rahmen der Ver-

antwortung gegenüber der Allgemeinheit. Wenn eine ethische Entscheidung für die Öffentlichkeit folgenlos bleibt, dann ist sie nicht echt ethisch, weil ihr die politische Konsequenz fehlt. Politik ist die öffentliche Bewährung der eigentlichen ethischen Gewissensentscheidung, Herr Allgöwer. Im Grunde genommen also etwas ganz Selbstverständliches. Alfred Escher, einer der heiligen Väter unserer liberalen Verfassung von 1848, hat das schon ausgedrückt, und ich möchte Ihnen als Sozialist das rund 125 Jahre später noch einmal wiederholen: «Würde das Gewissen geteilt werden, so müsste unterstellt sein, dass politisches Handeln nicht ethisch wäre. Es ist eminent ethisch, wie Menschen auf dieser Erde zusammenleben; wie sie dieses Zusammenleben formulieren, und wie das Zusammenleben ermöglicht und geordnet wird, das ist die Aufgabe der Politiker.»

Politik ist also — das wissen wir ja alle — nicht die Wahrnehmung des eigenen Interesses oder der eigenen Interessengruppe, man muss da immer wieder auf sich selbst aufpassen, sondern aktive Mitverantwortung für den anderen, speziell für den Schwächeren, speziell für die Minderheiten, auch für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, und wird damit ein ethisches Anliegen oder entspringt christlichem Glauben. Wie können wir also jemanden ins Gefängnis schicken, wenn er ethisch und politisch engagiert ist und wenn er aus einem echt tiefen Gewissenskonflikt heraus etwas ablehnen muss, was ihn sonst in seiner Persönlichkeit so stark deformieren würde, dass er seine Person aufgeben und nur noch in einer abgeschwächten Persönlichkeit weiterexistieren könnte. Ist nicht gerade für diese der Zivildienst geschaffen, in welchem sie befreit vom Konflikt den gleichen Dienst für unseren Staat tun können? Das Gewissen ist also unteilbar, das spüren ja auch unsere Richter der Militärgerichte. «Das Gericht hilft sich heute», so schreibt Adolf Muschg, «so, dass es den Ueberzeugungstäter zugleich bestraft und honoriert. Es steckt ihn nachts ins Gefängnis und vertraut ihm am anderen Tag schwererziehbare Kinder oder Invalide an. Faktisch billigt es dem Täter genau jenen Alternativdienst zu, den es ihm juristisch zu versperren verpflichtet ist».

Wie kann nun schwere Gewissensnot erkannt werden? Das ist sicher nicht einfach. Hier pflichte ich den anderen Vorrednern bei. Von der heutigen Praxis der Militärgerichte kann jedenfalls nicht ausgegangen werden. Während die Gerichte beim religiös motivierten Verweigerer nur die subjektive Seite seiner privaten, persönlichen Not prüfen, bringen sie beim ethisch motivierten Verweigerer objektive Kriterien ins Spiel, verlangen etwa, dass eine «gereifte Ueberzeugung» vorhanden sein müsse, die mit «gesundem Menschenverstand» erfassbar sei. Sie diskriminieren somit den nicht religiösen Verweigerer, indem sich die Richter zu Richtern über dessen eigenes Gewissen machen. Die Theorien der Zeugen Jehovas, die jegliche Staatsgewalt ablehnen und die ja kaum nachfühlbar sind, werden als Gewissensentscheid anerkannt. Dem um sein eigenes privates Seelenwohl bangenden Individualisten wird Gewissensnot zugestanden. Jener irrational von einer bestimmten Idee Besessene wird demjenigen gegenüber bevorzugt, der aufgrund einer klaren und vernünftigen Argumentation, nicht aus persönlichen Gründen, Gewalt, Töten und Armee ablehnt.

Bei der Frage, ob eine echte Gewissensnot besteht, muss geprüft werden, ob die Gründe, die der Verweige-

rer anführt, für seine Persönlichkeit so wichtig sind, dass er sich selbst untreu werden müsste, wenn er sie nicht beachten würde. Ich möchte ein Beispiel für andere nennen, das aus der gleichen Situation heraus einen doppelten Gewissenskonflikt aufzeigt. Ein Bürger wird Verweigerer, weil er auch die defensive schweizerische Armee ablehnt, aus der Ueberzeugung heraus, dass durch den militärischen Widerstand unsere ganze Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder, geopfert würden. An diesem Tod will er aus echtem Konflikt heraus nicht schuldig sein. Er verhält sich etwa so, wie sich Dänemark im Zweiten Weltkrieg und die Tschechoslowakei beim russischen Einfall verhalten haben. Er möchte, dass alle überleben, damit sie sich dann beim geistigen Ringen um die Freiheit bewähren können.

Der gleiche, ernsthafte Gewissenskonflikt kann sich aber auch umgekehrt ergeben. Jene Staatsbürger, die 1940 mutig gegen die defätistische Politik der schweizerischen Regierung aufgetreten sind — und es hat solche in diesem Saale —, waren damals und werden auch heute noch der Auffassung sein, dass nur der militärische Widerstand mit dem Risiko auch des Massentodes in der Lage sei, unsere Freiheit zu retten. Beide — ich möchte sie nicht beurteilen —, die Verweigerer und die Kämpfer, handeln aus ernsthaftem Gewissenskonflikt heraus, wenngleich ihr Ziel diametral verschieden ist. Damit will ich sagen, dass es einzig darauf ankommt, ob der Betroffene beim Handeln in einer bestimmten Situation als Mensch ein Zuwiderhandeln als nicht tragbares Versagen empfindet. Das Gericht hat also nur zu prüfen, ob die angeführten Gründe für den Verweigerer so ernsthaft sind, dass er ohne Verweigerung als politischer und ethischer Mensch nicht mehr vor sich selbst bestehen könnte. Unwichtig muss es für den Richter sein, weil es die Gewissensfreiheit und Rechtsgleichheit verletzen würde, ob die Gründe als erfüllbar und akzeptabel vom Richter beurteilt werden. Wesentlich ist es — und da sind wir uns wahrscheinlich wieder alle einig —, dass eine echte und schwere Gewissensnot vorliegen muss und dass dies auch von den zuständigen Instanzen ernsthaft zu überprüfen ist. Diese Prüfung muss im Rahmen eines zivilen Departementes durch zivile Instanzen vorgenommen werden. Ich glaube, dass Herr Bundesrat Gnägi damit einverstanden ist und hoffe, dass er es noch bestätigen wird.

Darf ich zum Schluss noch einmal wiederholen, was in der Hitze des Gefechtes immer wieder vergessen wird: Jene, die aus echten Glaubens- oder Gewissensgründen ihren Militärdienst nicht leisten können und müssen, sind in ihrem Wirken für unser Land nicht verloren; im Gegenteil, sie nehmen den Staat beim Wort, seine militärische Anstrengung diene dem Frieden, und verlangen nichts anderes, als dass sie im Zivildienst für den gleichen Frieden sich einsetzen können wie ihre Kollegen im Militärdienst. Sie gehören nicht den fast 4000 Bürgern an, die sich sanitär jedes Jahr ausmustern lassen, zum Teil als Drückeberger — das sind die echten Drückeberger, Herr Bretscher —, sondern sind bereit, gleichwertige Leistung zum Wohle unseres Landes zu tun.

Ich habe die Hoffnung, dass durch die Münchensteiner Initiative und mit dem neuen Verfassungsartikel viel Konfliktstoff um unsere Armee und um unser Land verschwindet, damit wir uns voll durch Armee, durch Zivildienst und durch andere Anstrengungen für unseren und den Frieden anderer Menschen und anderer

Länder einsetzen können. In diesem Sinne stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Volksbegehren.

Schwarz: Die radikal-demokratische Fraktion hat sich in zwei Sitzungen mit den durch die Münchensteiner Initiative aufgeworfenen Fragen beschäftigt und sich in einem direkten Gespräch von einer Vertretung der Initianten orientieren lassen.

Die Fraktion bringt einerseits dem ernst zu nehmenden Anliegen der grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung stehenden Initianten viel Verständnis entgegen; andererseits wurden schwerwiegende Zweifel wach, wohin der vorgeschlagene Weg schliesslich führe, und ob das anvisierte Ziel überhaupt erreicht werden könne. Wenn sich die Fraktion schliesslich mehrheitlich für Zustimmung ausgesprochen hat, so nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass ein endgültiger Entscheid über die Einführung eines Zivildienstes erst nach Vorlage der konkreten Vorschläge und eines ausgearbeiteten Zivildienstmodells gefällt werden kann.

Für die Ausgestaltung dieses Modells besteht allerdings — nach unserer Auffassung — für Bundesrat und Parlament kein allzu grosser Gestaltungsspielraum. Gemäss Artikel 121 Absatz 5 der Bundesverfassung ist die Partialrevision im Sinne der Initianten auszuarbeiten, und dieser Sinn ergibt sich klar aus dem Initiativtext. Darnach bildet die Militärdienstpflicht die Regel, der Zivildienst die engbegrenzte Ausnahme, eng begrenzt deshalb, weil im Initiativtext selber diese engen Grenzen festgehalten sind. Einmal müssen ernste Glaubens- und Gewissensgründe vorliegen. Dann muss derjenige, welcher auf eine Zivildienstleistung Anspruch erhebt, sich positiv zu unserem Staat einstellen, also denselben bejahen. Dies geht unseres Erachtens zwingend aus dem Hinweis im Initiativtext hervor, dass die Zivildienstabsolventen im Rahmen der allgemeinen Bundeszwecke (Artikel 2 der Bundesverfassung) sinnvoll einzusetzen seien. Dieser Artikel 2 BV lautet bekanntlich wie folgt: «Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.» Damit ist unseres Erachtens eindeutig eine Grenze gesetzt gegenüber Dienstverweigerern, welche ihre Gewissensnot politisch motivieren und unseren Staat ablehnen. Für Anarchisten und ähnliche Gruppierungen, welche unsere staatliche Existenz aufheben wollen, kann unmöglich Platz sein in einem Zivildienst, welcher gemäss der Forderung der Initianten sich auf Artikel 2 der Bundesverfassung abstützen muss. Solche Gruppierungen haben ihr politisches Ziel mit den normalen Mitteln, die ein demokratischer Rechtsstaat bietet, zu verfolgen und nicht über den missbräuchlichen Umweg der Dienstverweigerung, wie soeben auch Kollege Allgöwer sich ausgedrückt hat.

In einem zusammen mit dem Initiativtext verbreiteten Dokument erklären die Initianten selber: «Der Zivildienst eignet sich nicht für Leute, die die demokratischen Einrichtungen unseres Staates ablehnen, denn er muss in einer eidgenössischen Organisation und im Rahmen der Bundeszwecke geleistet werden.» Dies, glaube ich, ist eine notwendige Ergänzung zu den Ausführungen von Kollege Gerwig, und zwar eine Ergänzung, gegeben durch die Urheber der Initiative selber.

Neben diesem Bekenntnis zu unserem Staat muss ein allfälliger Anwärter auf eine Zivildienstleistung ein Be-

kenntnis zur absoluten Gewaltlosigkeit abgelegt haben. Ich sage «abgelegt haben», weil wir der Meinung sind, dass es nicht genügt, wenn ihm dieses Motiv anlässlich der Aushebung das erste Mal in den Sinn kommt. Vielmehr muss er durch seine bisherige Lebensführung bewiesen haben, dass er sich diesem Prinzip in allen Situationen bedingungslos unterwirft.

Aus dem Initiativtext leiten sich unseres Erachtens auch die beiden folgenden Bedingungen zwingend ab, nämlich erstens keine Wahlfreiheit, weil ja die Militärdienstpflicht die Regel bedeutet und wir eine Milizarmee und keine Berufarmee wollen, und zweitens eine der Militärdienstleistung mindestens äquivalente Leistung hinsichtlich Anstrengung und zeitlicher Dauer.

Die radikal-demokratische Fraktion glaubt nicht, dass mit der Einführung eines Zivildienstes das Problem der Dienstverweigerung ein- für allemal gelöst wird; aber es scheint zweckmässiger zu sein, Leute, welche sich — subjektiv gesehen — in einer echten Gewissensnot befinden, einen im Interesse unserer Gemeinschaft stehenden Zivildienst leisten zu lassen, als sie einzusperren. Wenn allerdings auch dieser Zivildienst verweigert werden sollte, ist die Anwendung der ganzen Strenge des Gesetzes unvermeidbar, wenn unsere rechtsstaatliche Ordnung sich nicht in Anarchie auflösen soll. Aus dem gleichen Grunde ist es selbstverständlich, dass bis zum Volksentscheid über eine allfällige Revision von Artikel 18 das heute gültige Recht durchgesetzt werden muss. Ob unsere Fraktion dannzumal einer solchen Verfassungsrevision zustimmt, hängt — wie eingangs erwähnt — von der konkreten Formulierung des Artikels 18 und der konkreten Ausgestaltung dieses Zivildienstes ab. Ein entsprechendes Modell muss gleichzeitig vorgelegt werden, sonst ist eine Stellungnahme unmöglich. In diesem Sinne ist die Mehrheit der Fraktion einverstanden, wenn der Bundesrat mit der Ausarbeitung der entsprechenden Entwürfe im Sinne der Initianten beauftragt wird.

Hier wird die Beratung abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Schluss der Sitzung um 18.50 Uhr

La séance est levée à 18 h 50

Zivildienst. Bericht zum Volksbegehren

Service civil. Rapport sur l'initiative

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1973
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	11542
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1973 - 15:30
Date	
Data	
Seite	883-895
Page	
Pagina	
Ref. No	20 002 106

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.